

# Antrag Nr. 23-J-42-0014

## JuPa-Vorstand

---

### Betreff:

Wir sind demokratisch. Wir fordern Demokratie. Abgrenzung des Jugendparlaments von der AfD Fraktion.

- Antrag des JuPa-Vorstandes vom 26.09.2023 -

### Antragstext:

Das Jugendparlament Wiesbaden ist ein Jugendbeteiligungsgremium, das maßgeblich zur Stärkung der Demokratie auf kommunaler Ebene beiträgt und der politischen Überalterung entgegenwirkt.

Aktuell verschärft sich die Debatte um die AfD Fraktion und die JA Hessen, die bereits als rechtsextremistische Gruppierung eingestuft und vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Dennoch bekommt die AfD gesellschaftlich einen immer größeren Zulauf. Gerade junge Menschen scheinen sich in diesen rechtsextremistischen Ideologien wiederzufinden.

Der Stadtjugendring Wiesbaden beschäftigte sich im Zuge der letzten Bundestagswahlen mit der Partei. In ihrem Positionspapier kam der SJR zu folgendem Schluss: *„Die AfD ist eine Jugendfeindliche Partei. Diese Schlussfolgerung ergibt sich aus dem Studium ihre 96-seitigen Programms in dem die „Jugend“ praktisch keine Erwähnung findet. [...] An der Stelle an dem das erste mal das Wort Jugend geschrieben steht, geht es um Jugendkriminalität.* Dieser Beobachtung möchten wir uns anschließen.

Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt außerdem, dass sich auch rechtsextremistische Ansichten normalisieren. So lehnen 28,3 Prozent der deutschen Bevölkerung ein rechtsextremes Weltbild nicht ab. Die Zahl der Menschen, die einer rechtsextremen Ideologie zustimmen hat sich seit 2014 sogar fast vervierfacht. Antisemitische, rassistische und sexistische Aussage sind bei der AfD Fraktion schon lange keine Ausnahme mehr, sondern stehen auf der Tagesordnung. Daher kann und muss die AfD Fraktion sowie die JA Hessen als Demokratiegefährdende Partei eingestuft werden.

Die Demokratie ist unser höchstes Gut. Geht sie verloren verlieren wir auch Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Chancen auf ein gerechtes Deutschland.

Das Jugendparlament möge beschließen,

1. dass eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen wird.
2. dass der Partei keine Plattform auf den Socialmedia Kanälen des JuPas geboten werden soll.
3. dass sich das Jugendparlament damit auseinandersetzt wie die Inhalte der AfD für die Landtagswahlen aufgearbeitet werden können.

Wiesbaden, 26.09.2023